



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat 124

Marc Lustenberger, Fabian Reinhard und
Marco Baumann namens der FDP-Fraktion
vom 1. September 2021
(StB 53 vom 19. Januar 2022)

**Wurde anlässlich der
Ratssitzung vom
17. März 2022
abgelehnt.**

Mit Konfliktmanagement die Stolperrisiken der Grossprojekte Durchgangsbahnhof und Bypass minimieren

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Die Postulanten sehen bei der Umsetzung verschiedener Grossprojekte mitten in der Stadt Luzern in den nächsten Jahren verschiedene Stolpersteine. Sie erwähnen dabei in erster Linie den Durchgangsbahnhof, aber auch den Bypass und weitere Vorhaben wie das Luzerner Theater. Bei allen Projekten seien zahlreiche Akteure involviert, und besonders beim Durchgangsbahnhof seien durch die Eigeninteressen der Partner immense Konflikte unausweichlich. Durch die nie da gewesene Dimension eines solchen Projekts in Stadt und Kanton fordern sie den Stadtrat einerseits auf zu prüfen, ob die Installation eines unabhängigen Konfliktmanagements eine geeignete Massnahme ist, um die Stolperrisiken bei der Umsetzung der oben genannten Grossprojekte zu minimieren. Andererseits soll sich die Stadt beim Kanton und der SBB dafür einsetzen, dass diese eine professionelle Mediation unterstützen und sich finanziell daran beteiligen.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die grossen Chancen der anstehenden Grossprojekte auch mit organisatorischen, inhaltlichen, finanziellen sowie politischen Herausforderungen verbunden sind. Diese Herausforderungen will der Stadtrat durch eine optimale Koordination zwischen den involvierten Partnern, den städtischen Dienstabteilungen sowie durch den rechtzeitigen Einbezug der Direktbetroffenen angehen. Der Stadtrat teilt den Wunsch nach der Installation eines Konfliktmanagements oder einer professionellen Mediation der Postulanten aus verschiedenen Gründen jedoch nicht:

1. Bei den Grossprojekten «Durchgangsbahnhof» und «Bypass» ziehen Kanton und Stadt am selben Strang und verfolgen dieselben Ziele. In der im Januar 2022 unterzeichneten Absichtserklärung wurde festgehalten, dass Regierungsrat und Stadtrat sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Schlüsselprojekte «Durchgangsbahnhof Luzern» und «Bypass Luzern» sowie die damit zusammenhängenden Projekte mit höchster Priorität vorangetrieben und realisiert werden. Der Stadtrat und der Regierungsrat sind sich einig, dass sich die Mobilität im Kanton Luzern nach dem Prinzip «Verkehr vermeiden, verlagern, vernetzen und verträglich abwickeln» entwickeln soll und sie auf die übergeordneten Bundesplanungen abgestützt wird. Gemeinsam mit dem Regierungsrat will sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die Auswirkungen in allen Bauphasen, in denen von erheblichen Belastungen und Einschränkungen auszugehen ist, so

gering wie möglich gehalten werden und insbesondere der öffentliche Verkehr als Rückgrat der Mobilität in der Agglomeration Luzern zuverlässig abgewickelt werden kann. Der Austausch zwischen den beiden Exekutivgremien sowie den Fachpersonen erfolgt entsprechend regelmässig und wertschätzend, sodass gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeitet werden können.

2. Gerade beim Projekt «Durchgangsbahnhof» (DBL) ist die offene und konstruktive Diskussion der verschiedenen Eigeninteressen der Partner ein laufender Prozess. Alle Partner haben sich unter der Federführung des Bundesamtes für Verkehr (BAV) zu einer Knotenorganisation zusammengeschlossen und im Jahr 2019 eine entsprechende Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet. Gemeinsam wurde im Jahr 2020 eine Stabsstelle inklusive Backoffice beauftragt, die den Abgleich und die Koordination der verschiedenen (Teil-)Projekte der Partner der Knotenorganisation sicherstellt. Dank der Koordination in der Knotenorganisation werden auch Interessenkonflikte sichtbar, und in Absprache mit allen Partnern kann bei Bedarf rechtzeitig reagiert werden.

Die Forderung nach einem Konfliktmanagement, wie es im Postulat gefordert wird, wurde entsprechend auch in der Knotenorganisation zum DBL thematisiert. Die Diskussionen mit den Partnern zeigten, dass zum aktuellen Zeitpunkt kein Bedarf für entsprechende Unterstützung gesehen wird; vielmehr befürchten die Partner gar, dass die sich noch in Etablierung befindende Zusammenarbeit durch eine weitere Stelle erschwert werden könnte. Dies sieht der Stadtrat genauso.

3. Ebenfalls beim Projekt «Durchgangsbahnhof» hat der rechtzeitige und stufengerechte Einbezug der Direktbetroffenen bei den städtischen Planungen einen sehr hohen Stellenwert. Mit der öffentlichen Mitwirkung zur Testplanung im Frühling 2021 wurden über zahlreiche Gefässe verschiedene Organisationen, Unternehmen sowie Privatpersonen informiert und zu Rückmeldungen aufgefordert. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass auch in den künftigen Projekten entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten angeboten werden und ein aktiver Einbezug von unterschiedlichen Interessengruppierungen erfolgt. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Direktbetroffenen regelmässig die Gelegenheit bekommen, ihre Anliegen zum Grossprojekt zu deponieren und auf allfällige Konflikte aufmerksam zu machen.

Bei der Installation eines unabhängigen Konfliktmanagements im Sinne einer professionellen Mediation wäre es wichtig, dass diese über die gesamte Dauer der Grossprojekte aktiv wäre. Jährlich wären entsprechende Honorare Dritter inkl. Sachmittel von schätzungsweise Fr. 150'000.– zu erwarten, was vergleichbar wäre mit dem Aufwand für das Gebietsmanagement Luzern Nord. Eine entsprechende Ausgabenbewilligung müsste aufgrund der unklaren Zeitdauer (mind. 10 Jahre) für 1,5 Mio. Franken beantragt werden, was in der Kompetenz des Grossen Stadtrates liegt.

Der Stadtrat teilt die Ansicht der Postulanten, dass eine vorausschauende Planung und der Einbezug von Direktbetroffenen im Hinblick auf mögliche Interessenkonflikte sehr wichtig sind. Gleichzeitig ist er aber überzeugt, mit den bereits etablierten Gremien und unterzeichneten Vereinbarungen den richtigen Weg aufgegleist zu haben, um die anstehenden Grossprojekte zum Erfolg zu führen.

Da auch vonseiten der Partner, allen voran vonseiten des Kantons, zurzeit kein Bedarf für eine entsprechende Mediationsstelle für die Grossprojekte «Durchgangsbahnhof» und «Bypass» gesehen wird, lehnt der Stadtrat das Postulat ab.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Stadtrat von Luzern

